Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4851

12. 06. 96

Antrag

der Abgeordneten Freimut Duve, Brigitte Adler, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Dr. Elke Leonhard, Klaus Lohmann (Witten), Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Sechs Jahre nach der deutschen Einheit, mitten im Prozeß der europäischen Einigung und den Vorarbeiten zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik steht die Bundesrepublik Deutschland auch in der Auswärtigen Kulturpolitik vor wichtigen Entscheidungen.

Vor zwei Jahrzehnten hat der Deutsche Bundestag den Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik", Drucksache 7/4121, einstimmig begrüßt. Seither haben sich die Fraktionen des Deutschen Bundestages bemüht, gemeinsam mit den jeweiligen Bundesregierungen auf der Grundlage der damals formulierten Prinzipien die Auswärtige Kulturpolitik unseres Landes zu gestalten. Diese kooperative Grundposition hat den Regierungswechsel ebenso überdauert, wie die großen Herausforderungen, vor denen unser Land mit der deutschen Einheit und dem Ende der kommunistischen Staatenwelt stand.

In der letzten Zeit sind Tendenzen zu beobachten, daß dieser Grundkonsens in der Auswärtigen Kulturpolitik in Frage gestellt wird. Insbesondere in der Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, am 15. Januar 1996 in Frankfurt wird ein verändertes Verständnis für die Auswärtige Kulturpolitik erkennbar.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Kultur und Auswärtige Kulturpolitik verstehen sich nicht als Wettlauf mit unseren Partnern in aller Welt, sondern sind geprägt vom Gedanken der Partnerschaft und der gegenseitigen Befruchtung.
2. Diese Auffassung entspricht dem Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik", Drucksache 7/4121. Darin wurde eine fruchtbare Grundlage gelegt für die Gestaltung unserer kulturellen Beziehungen mit anderen Ländern, dies ist

auch die Basis für die Zukunft. Daher bekräftigt der Deutsche Bundestag wichtige Grundauffassungen und Prinzipien der Auswärtigen Kulturpolitik, wie sie in diesem Bericht festgelegt worden waren. Sie haben sich als vorzüglich geeignet erwiesen für eine Kulturpolitik der Begegnung und Partnerschaft.

3. Die Auswärtige Kulturpolitik war und bleibt die „dritte Säule" der Außenpolitik. Der Deutsche Bundestag wendet sich gegen alle Versuche, diese Autonomie einzugrenzen. Auswärtige Kulturpolitik darf nicht für Öffentlichkeitsarbeit instrumentalisiert werden. Wer durch Kultur erfolgreich werben will, darf mit ihr nicht werben wollen. Darum lehnt der Deutsche Bundestag auch die Verquickung der Arbeit des Bundespresseamtes mit den Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik ab. Sie muß lebendiger Spiegel des kulturellen Lebens unseres Landes bleiben und darf nicht zur Darstellungsbühne der Bundesregierung werden.

4. Die unabhängigen Mittlerorganisationen als wichtigste Träger der Auswärtigen Kulturpolitik stehen ihrerseits vor großen Herausforderungen. Der Deutsche Bundestag erinnert daran, daß gerade durch das Prinzip der Unabhängigkeit der Mittler deren Leitungen eine besondere Verantwortung tragen für die Arbeitsformen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für den Umgang mit den zur Verfügung gestellten staatlichen Finanzmitteln. Die Mittlerorganisationen sind konzipiert für die Förderung und die Darstellung des kulturellen Lebens unseres Landes – nicht für die Selbstdarstellung ihres jeweiligen Leitungspersonals.

5. Die Auswärtige Kulturpolitik trägt eine besondere Verantwortung für die Vermittlung der Leistungen der lebenden Künstlerinnen und Künstler und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die in Deutschland tätigen Autoren, die Forscher aller Fächer, Musiker, Filmer, Schauspieler, Regisseure, Architekten haben einen Anspruch darauf, daß die bedeutenden Ergebnisse ihrer Arbeit in geeigneter Weise auch außerhalb unseres Landes wahrgenommen werden können.

6. Die Vermittlung der deutschen Sprache gehört zur Auswärtigen Kulturpolitik. Akzeptanz und Erfolg von Sprachprogrammen lassen sich nicht einfach feststellen anhand der Zahlen von Kursteilnehmern oder gar durch den statistischen Vergleich mit der Vermittlung anderer europäischer Sprachen. Sprache ist weder ein Exportartikel, noch fördert das Erlernen der deutschen Sprache automatisch wirtschaftliche Erfolge im Ausland. Sprache ist für alle Völker ein zentrales Element im Gewebe der Kultur und der Kulturbegegnungen. Sprachförderung muß qualitativen Ansprüchen genügen und darf sich nicht mit ungeprüften Zahlen von Kursteilnehmern zufriedengeben. Qualität der Vermittlung geht vor Quantität. Allein im Zusammenwirken von Sprachvermittlung und Kulturprogrammen kann ein umfassendes Bild der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden.

7. Die europäische Kultur ist durch besondere Vielfalt gekennzeichnet – eine Vielfalt sowohl nationaler Kulturen wie auch

neuer kultureller Minderheiten. Aus der europäischen Tradition der Aufklärung ist – nach all den schmerzlichen Rückschlägen – das Prinzip der Toleranz als Norm von zentraler Bedeutung hervorgegangen. Toleranz muß auch das Leitmotiv sein für die Begegnung der unterschiedlichen Religionen und religiösen Auffassungen, die auch zur Auswärtigen Kulturpolitik gehört. Hier kann eine gemeinsame europäische Anstrengung mehr leisten als ein einzelnes Land.

8. Kultur und Kulturarbeit müssen insbesondere die kulturellen Leistungen zahlenmäßig kleiner Völker einbeziehen. Die elektronische Globalisierung birgt Chancen und Risiken. Kleine Völker und ihre Kulturen müssen auch im nächsten Jahrtausend ihren Beitrag zur entstehenden Weltkultur leisten können, soll den Tendenzen des nach innen gekehrten, begegnungsfeindlichen Radikalismus und Fundamentalismus entgegengewirkt werden. Insofern sollten Programme initiiert werden, die Austausch und Begegnung mit Ländern, die an der Peripherie des allgemeinen Interesses liegen, fördern – trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten.

9. Der Deutsche Bundestag würdigt die Anstrengungen der Bundesregierung, trotz der knappen Haushaltslage die Auswärtige Kulturpolitik im bisherigen Maß fortzuführen. Aber gerade die knappen Finanzmittel gebieten es, über neue Formen der Kooperation unter den Mittlern nachzudenken.

Bonn, den 12. Juni 1996

Freimut Duve
Brigitte Adler
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Eckart Kuhlwein
Dr. Elke Leonhard
Klaus Lohmann (Witten)
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Siegfried Vergin
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333